

## Positionspapier der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Stand 10.01.2024

### **Bauernproteste unterstützen – Bayerns Landwirtschaft eine Perspektive geben**

Wir, die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, lehnen die Kürzungen der Bundesregierung für die Landwirtschaft entschieden ab. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Maßnahmen Landwirte in Deutschland unverhältnismäßig belasten und ihre Existenz bedrohen und den Strukturwandel vorantreiben. Wir unterstützen die Protestaktionen der Landwirte und der vor und nachgelagerten Bereiche aus Handwerk und Mittelstand, wie zum Beispiel Bäcker, Metzger, Wirte und Spediteure. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre verfehlte Haushaltspolitik zu überarbeiten. Das teilweise Rückrudermanöver der Bundesregierung kann lediglich als Ablenkungsmanöver aus Angst vor der aktuellen Protestwelle gewertet werden und löst das Problem nicht. Versagen der Haushaltspolitik des Bundes darf nicht auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen werden. Hier wird eine Bevölkerungsgruppe überproportional belastet.

Die Landwirtschaft ist eine wichtige Säule der bayerischen Wirtschaft und trägt maßgeblich zur Ernährungs- und Energiesicherheit aller Bürgerinnen und Bürger bei. Die beschlossenen Haushaltskürzungen der Bundesregierung werden jedoch dazu führen, dass viele Landwirte ihre Wettbewerbsfähigkeit innerhalb Europas weiter verlieren. Dies wird nicht nur die Landwirte selbst, sondern auch die ländlichen Gemeinden und die gesamte deutsche Wirtschaft beeinträchtigen. Die Landwirtschaft ist ohnehin durch bürokratische Auflagen und Dokumentationspflichten besonders belastet. Landwirtschaftliche Betriebe erbringen eine Vielzahl von Leistungen, die ohnehin nur zum Teil am Markt vergütet werden – von der Erhaltung ökologisch wie touristisch wertvoller Kulturlandschaften, dem Wasser- und Bodenhaushalt bis hin zu einem Beitrag zur Ernährungssicherheit.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

[www.fw-landtag.de](http://www.fw-landtag.de)

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Kürzungen für die Landwirtschaft zu überdenken und stattdessen Maßnahmen zu ergreifen, die Landwirten helfen, ihre Betriebe erfolgreich in die Zukunft zu führen. Die im Dezember von der Bundesregierung verkündeten Streichungen von Agrardieselmrückvergütung und Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge sind in einer langen Reihe von Kürzungen und Belastungen der Schlusspunkt, die das Fass zum Überlaufen bringen.

Wir sind uns bewusst, dass es viele Probleme gibt, welche Landwirte in Bayern belasten: Praxisfremde Düngauflagen, kostenintensive Vorgaben bei der Tierhaltung sowie überbordende Bürokratie beschränken die Arbeitsweise der Landwirtschaft in einer noch nie dagewesenen Weise.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, diese Probleme endlich ernst zu nehmen und gemeinsam mit den Landwirten schnell Lösungen zu finden. Weitere Kürzungen und Auflagen für heimische Bauern führen zu einer Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland und damit zu verstärkten Abhängigkeiten in einer immer unsicherer werdenden Zeit. Dies gilt es zu verhindern.

Die deutsche Landwirtschaft hat enorme Nachteile gegenüber globalen Mitbewerbern, etwa durch deutlich strengere Auslegung von EU-Vorgaben. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Nachteile schnellstmöglich zu beseitigen, bei der Umsetzung künftiger EU-Rechtsakte auf eine Eins-zu-eins-Umsetzung zu achten und nicht über die Mindestanforderungen der EU hinauszugehen.

Der Umgang der Bundesregierung mit der Landwirtschaft ist geprägt von Unkenntnis und Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten der Bevölkerung in ländlichen Gebieten. Daraus entsteht ein verzerrtes Bild der ländlichen Regionen und der Arbeitsweisen des Handwerks und der Landwirtschaft. Beispiele hierfür sind Nutztierhaltung und Lebensmittelproduktion. Dies alles führt zu einer fortschreitenden Spaltung der Bevölkerung, die wir sehr kritisch betrachten. Wir sind davon

überzeugt, dass es wichtig ist, diese Spaltung zu überwinden und eine gemeinsame Zukunft für Stadt und Land zu gestalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebensbedingungen in ländlichen Regionen zu verbessern und die Infrastruktur auf dem Land auszubauen.

**Gleichzeitig distanzieren wir uns in aller Deutlichkeit von rechten Trittbrettfahrern, die die Not und die berechtigten Anliegen der Landwirte für ihre Ziele ausnutzen, um ihre obskuren Umsturzphantasien und demokratiefeindliche Haltung auszuleben.** Wir glauben, dass Proteste ein legitimes Mittel sind, um auf Probleme der Landwirte aufmerksam zu machen. Dennoch ist es für uns selbstverständlich, dass diese Veranstaltungen auf der Grundlage unserer Verfassung und der demokratischen Grundordnung stehen müssen. Wir fordern alle Teilnehmer der Proteste auf, friedlich zu bleiben und sich von extremistischen Gruppen zu distanzieren. Das Thema ist zu ernst, als dass wir es uns leisten können, es durch solche Gruppen unterwandern zu lassen. Andererseits verwehren wir uns jedoch auch davor, dass Landwirte, die ihr grundgesetzlich verbürgtes Demonstrationsrecht wahrnehmen, von vornherein in eine extremistische Ecke gestellt werden, wenn sie an angemeldeten und genehmigten Demonstrationen teilnehmen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, unsere Forderungen ernst zu nehmen und für angemessene Lösungen im Bereich der Landwirtschaft zu sorgen. Bayern hat eine einzigartige Agrarstruktur, die geprägt ist durch kleinstrukturierte Kulturlandschaft, die nur durch die Vielzahl der unterschiedlichen Höfe erhalten bleiben kann. Für die Interessen unserer Bauern in Bayern und ganz Deutschland wird sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion weiterhin intensiv einsetzen.

## RESOLUTION Winterklausur 2024

Stand: 10.01.2024

### **Solidarisch an der Seite Israels im Kampf gegen den Terror**

Der 7. Oktober 2023 war ein weltgeschichtlich schwarzer Tag: Wegen des terroristischen Angriffs der radikal-islamischen Hamas auf Israel hat der Nahost-Konflikt seitdem eine neue Eskalationsstufe erreicht. Rund 1.200 israelische und ausländische Bürger kamen an diesem Tag ums Leben, etwa 240 weitere wurden in den Gazastreifen verschleppt – die meisten von ihnen werden von der Hamas noch immer als Geiseln gehalten. Auch im neuen Jahr feuert die Hamas aus dem Gazastreifen Raketen auf Israel.

Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag verurteilen den Terror der Hamas und den brutalen, menschenverachtenden Überfall auf Israel auf das Schärfste. Dasselbe gilt auch für Angriffe der Hisbollah aus dem Libanon auf Israel. Hamas ist eine palästinensische Terrororganisation, die Israel vernichten will. Die Hinrichtung bzw. Entführung unschuldiger Menschen ist in keiner Weise zu rechtfertigen.

Wir trauern mit den Familien und Angehörigen der Opfer des terroristischen Überfalls und fordern eine umgehende Freilassung aller Geiseln sowie eine Beendigung der Angriffe auf Israel. Die Terrororganisation Hamas trägt die Verantwortung für die Eskalation und das dadurch verursachte Leid der Zivilbevölkerung.

#### Sichere Heimat

Das Existenzrecht Israels ist bayerische und deutsche Staatsräson. Gerade in dieser schweren Zeit stehen wir uneingeschränkt und solidarisch an der Seite Israels. Wir bekennen uns klar zum israelischen Recht auf Selbstverteidigung und zum besonderen Schutzauftrag des Freistaats für jüdisches Leben. Antisemitismus ist unerträglich – unabhängig davon, von wem er ausgeht. Migranten, welche die Existenz des Staates Israel in Frage stellen, können und dürfen aufgrund unserer historischen Verantwortung

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

[www.fw-landtag.de](http://www.fw-landtag.de)

in der Bundesrepublik Deutschland keine Heimat finden. Wer sich hier nicht integrieren will, wer seine Freiheitsrechte durch antisemitische Hetze und Gewalt missbraucht und unseren Rechtsstaat missachtet, der muss unser Land verlassen! Wir wollen, dass auch unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen jüdischen Glaubens in Bayern sicher leben können. Jeder einzelne Übergriff auf Jüdinnen und Juden stellt zugleich auch einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere offene und pluralistische Gesellschaft und damit auf jeden Einzelnen von uns dar. Der Schutz jüdischen Lebens ergibt sich daher nicht nur aus unserer Verantwortung vor der Geschichte, sondern ist zugleich das Fundament unserer Demokratie. Indem wir jüdisches Leben in Bayern schützen, verteidigen wir zugleich unsere Werteordnung.

Denn der verbrecherische Überfall der Hamas ist ein Überfall auf unsere gemeinsamen Werte sowie gesellschaftlichen Grundlagen von Demokratie und Freiheit. Aggressoren haben unser gemeinsames Menschen- und Gesellschaftsbild als Ziel. Wenn also Israel angegriffen wird, werden wir alle angegriffen.

Gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern stehen wir eng an der Seite unserer israelischen Freunde. Im Zusammenwirken mit unseren Partnern gilt es daher auch jegliche Unterstützung und Finanzierungsmöglichkeiten für Terrororganisationen wie die Hamas oder die Hisbollah im Libanon zu unterbinden.

### Starker Rechtsstaat

Die Auswirkungen des neuen Krieges in Nahost sind auch in Deutschland und Bayern spürbar. Mit großer Sorge beobachten wir, dass seit dem barbarischen Angriff der Hamas auf Israel Antisemitismus, Hass und Hetze gegen Israel, israelfeindliche Proteste, rassistische Gewalt und Anfeindungen gegenüber unseren Mitbürgern jüdischen Glaubens sowie die Bedrohung jüdischer Einrichtungen neuen Nährboden in Deutschland und Bayern erhalten haben. Dabei steht eines für uns unmissverständlich fest: Wer die Hamas-Angriffe bejubelt, das Existenzrecht Israels leugnet und die Opfer der feigen Anschläge auf unerträgliche Weise verhöhnt, muss zur Rechenschaft gezogen und mit

aller Härte des Gesetzes bestraft werden. Wir tolerieren keine Straftaten von Hamas-Anhängern in Bayern und werden diese auch künftig konsequent und umgehend verfolgen. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Auch das Sammeln von Spenden durch Hamas-Anhänger in Bayern gilt es konsequent zu unterbinden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass wir in Bayern über eine schlagkräftige, bayerische Polizei und Justiz verfügen, die bereits mit einem Bündel an Maßnahmen konsequent gegen antisemitische Straftaten sowie Hass und Hetze im Internet vorgehen. Diese Maßnahmen und vorhandenen Kompetenzen gilt es nicht nur zu erhalten, sondern auch künftig weiter fortzusetzen und auszubauen. Hierzu wollen wir sicherstellen, dass die bayerische Polizei und Justiz nicht nur über das notwendige Personal, sondern auch über ausreichende und geeignete Möglichkeiten verfügen, um antisemitische Straftaten zu bekämpfen und israelfeindliche Proteste und Kundgebungen zu untersagen. Wir wollen das Straf- und Versammlungsrecht überprüfen und ggf. anpassen, um etwaige Strafbarkeitslücken zu schließen.

#### Prävention mittels Bildung

Die politische Bildung einschließlich der Friedensbildung sowie Antisemitismus- und Extremismusprävention sind ein wichtiger Teil bayerischer Schulbildung und fest im Lehrplan verankert. Auch die Erinnerungsarbeit nimmt im Lehrplan aller bayerischen Schulen (u. a. in den Fächern Politik und Gesellschaft, Religionslehre und Ethik, Geschichte) einen hohen Stellenwert ein. Dabei lassen die Lehrpläne aller Fächer den Lehrkräften hinreichend Gestaltungsräume, um auf aktuelle gesellschaftspolitische Ereignisse, Themen und Entwicklungen zu reagieren, diese aufzugreifen und im Unterricht zu thematisieren. Lehrkräfte aller Schularten und Fächer sind gehalten, demokratische Verhaltensweisen und Werte in ihrem Unterricht wie auch im schulischen Leben zu vermitteln, zu fördern und auch ein darauf bezogenes aktives Lernen zu ermöglichen.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erkennt die unverzichtbare Leistung der bayerischen Schulen bei der Bekämpfung von Antisemitismus an und setzt sich für eine Stärkung der Demokratie- und Wertebildung an allen Schularten sowie die Vertiefung der bayerisch-israelischen Beziehungen ein.

### **Forderungen:**

- Fortentwicklung des „Gesamtkonzepts Erinnerungskultur“
- Ausbau bestehender Themenportale und (außer-)schulischer Präventionsprogramme
- Ausbau der Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur sowie einer vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit durch die bayerischen Gedenkstätten und außerschulischen Bildungsträger
- Entwicklung neuer Erinnerungsformate in Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, der Wissenschaft, Opferverbänden und weiteren relevanten Akteuren
- Besuch einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers von mindestens einer KZ-Gedenkstätte oder vergleichbaren Einrichtungen der Erinnerungskultur zur Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus
- Vermehrter und intensivierter Schüleraustausch
- Antisemitismusprävention als verpflichtender Bestandteil des Vorbereitungsdienstes angehender Lehrkräfte aller Schularten im Seminarfach „Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung“ und/oder „Pädagogik“
- Verbindung der schulischen Antisemitismusprävention mit der Bildungsarbeit im außerschulischen Bereich im Rahmen des Gesamtkonzepts „Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“

Wir werden auch künftig alle Kräfte bündeln und sämtliche Anstrengungen unternehmen, um jüdisches Leben hierzulande zu schützen und zu fördern und Antisemitismus auch weiterhin mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats zu bekämpfen.

## **RESOLUTION Winterklausur 2024**

Stand 10.01.2024

### **Den Automobilstandort Bayern stärken**

Die Automobilwirtschaft mit Herstellern, Zulieferern und Kraftfahrzeuggewerbe ist eine bayerische Schlüsselindustrie. Sie ist Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze im Freistaat. Die 200.000 Beschäftigten der Automobilindustrie erwirtschaften mehr als ein Drittel der Verkaufserlöse der bayerischen Industrie. Mit ihren Steuerzahlungen tragen die Unternehmen zur Handlungsfähigkeit von Staat und Kommunen bei.

Während andere zum Abgesang auf das Auto anstimmen, bekennt sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion klar zum Automobilstandort Bayern. Einen Kulturkampf gegen das Auto lehnt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion entschieden ab. Es müssen individuelle Mobilität und öffentlicher Nahverkehr gleichermaßen unterstützt werden. Dass die IAA Mobility als größte und wichtigste Mobilitätsveranstaltung der Welt in München ein neues Zuhause gefunden hat, ist ein wichtiges Zeichen. Auch die Ansiedlung des BMW-Montagewerks für Hochvoltbatterien in Irlbach-Straßkirchen ist ein Erfolg für das Autoland Bayern.

Bei der Dekarbonisierung des Verkehrs setzt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion auf Innovation und Technologieoffenheit. Je nach Einsatzzweck sind Batterietechnologie, wasserstoffbasierte Antriebe oder klimafreundlich betriebene Verbrennungsmotoren die beste Wahl. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lehnt folglich das europaweite Verbot von diesel- und benzinbetriebenen Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2035 entschieden ab. Auch vor dem Hintergrund der Situation in der Landeshauptstadt München spricht sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion entschlossen gegen Diesel-Fahrverbote aus.



Bayerns Automobilindustrie produziert technische Meisterwerke. Mit der Hightech Agenda schiebt die Bayerische Staatsregierung die Spitzenforschung in automobilen Zukunftsfeldern wie der Künstlichen Intelligenz massiv an. Im Rahmen des europäischen Batterietechnik-Förderrahmens (IPCEI) werden Projekte bayerischer Unternehmen mit insgesamt 280 Millionen Euro gefördert. Mit dem Bayerischen Zentrum für Batterietechnik der Universität Bayreuth und der TUMint Energy Research GmbH in Garching wurden Leuchttürme der Batterieforschung errichtet. Die Erforschung von klimafreundlichen, synthetischen Kraftstoffen ist eine tragende Säule der bayerischen Bioökonomiestrategie. Mit der Halbleiter-Initiative stärkt Bayern seine Technologiekompetenz im Bereich Mikrochips und verringert Abhängigkeiten von ausländischen Lieferanten. Bayern ist Technologieland, unterstützt den Wissenstransfer aus der außeruniversitären Forschung sowie der Forschung an den Hochschulen in die unternehmerische Praxis und bietet der Automobilwirtschaft ein hervorragendes Umfeld für Forschung und Innovation. Zusätzlich leistet der Freistaat erhebliche finanzielle Unterstützung für die Transformation der Unternehmen. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion unterstützt diesen bayerischen Weg.

Das moderne Auto ist längst eine fahrende Datenplattform. Statt eines Ölwechsels benötigt es Software-Updates. Diese Entwicklung birgt immense Chancen für die moderne Autoindustrie, die wir entschlossen nutzen wollen, damit die deutschen Hersteller auch weiterhin an der weltweiten Spitze mitfahren. Insbesondere neue Technologien wie Künstliche Intelligenz werden die Autofahrt schon sehr bald sicherer und bequemer machen. So verfügt jedes moderne Auto mittlerweile über Fahrerassistenzsysteme, die Verkehrsschilder entziffern, beim Einparken helfen oder einen Blick in den toten Winkel ermöglichen. Und das ist erst der Anfang: Im autonomen Fahrzeug des zukünftigen Standardlevels 4 wird der Fahrer künftig zum Passagier, das Auto zur intelligenten Umgebung, die der Passagier per Sprachintelligenz wie ChatGPT steuern kann. Wir wollen dafür sorgen, dass der Freistaat an der globalen Spitze vorangeht und sich Bayerns Wirtschaft schon heute die Spitzenplätze von morgen sichern kann.

Die überfallartige Streichung der Umweltprämie für E-Autos durch das Bundeswirtschaftsministerium hat im Dezember 2023 Käuferinnen und Käufer sowie die Automobilwirtschaft kalt erwischt. Daher fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion verlässliche Rahmenbedingungen für sämtliche Förderprogramme des Bundes statt des aktuellen Ampel-Zickzackkurses.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion unterstützt die kraftvollen Schritte der Bayernkoalition zum Aufbau einer zukunftsfähigen Lade- und Tankinfrastruktur. Bayerische Förderprogramme für Wasserstofftankstellen und E-Ladesäulen zeigen großen Erfolg: So gibt es bayernweit bereits über 21.000 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge. Bayern ist damit bundesweit spitze. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bekennt sich zum Ziel, bis 2030 100.000 möglichst barrierefrei zugängliche Ladepunkte in ganz Bayern zu schaffen. Der Bund ist aufgefordert, seine Unterstützung für den Ladeinfrastrukturausbau deutlich aufzustocken, um die ambitionierte Zielsetzung von bundesweit einer Million Ladepunkten bis 2030 zu erreichen.

Nicht nur die Automobilbranche leidet unter der Erosion der Standortbedingungen in Deutschland. Energie ist zu teuer, Fachkräfte sind knapp und die geopolitische Lage angespannt. Vor diesem Hintergrund kritisiert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die Streichung der für 2024 fest zugesagten Zuschüsse zu den Stromnetzentgelten durch den Bund. Die Stromkosten für bayerische Unternehmen sind dadurch sprunghaft gestiegen. Darunter leidet die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten exportorientierten bayerischen Wirtschaft. Darüber hinaus belastet überbordende Bürokratie die Wirtschaft. Betroffen sind alle Unternehmen – vom familiengeführten Handwerksbetrieb bis hin zum Weltkonzern. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion drängt auf Entlastungen und bekennt sich klar zur Bürokratieabbauagenda der Bayernkoalition.

Für einen klimafreundlichen Güterverkehr bietet Wasserstoff großes Potenzial. Um dieses auszuschöpfen, muss der Bund die maximal zulässige Länge von Lkw um 90 cm erhöhen. Nur so können Wasserstofftanks hinter der Lkw-Fahrerkabine angebracht und

die volle Länge des Laderaums genutzt werden. Außerdem ruft die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion den Bund dazu auf, die zum 1. Dezember 2023 erfolgte massive Erhöhung der Lkw-Maut rückgängig zu machen. Spediteure müssen die gestiegenen Kosten an ihre Kunden weiterreichen. Das facht die Inflation neu an. Zudem wird der Straßengüterverkehr durch die CO<sub>2</sub>-Komponente der Lkw-Maut und den CO<sub>2</sub>-Aufschlag auf den Dieselpreis doppelt belastet. Anstatt des aktuellen Flickenteppichs unterschiedlicher CO<sub>2</sub>-Preise ist ein einheitlicher, EU-weiter und sektorenübergreifender Mechanismus als marktbasierendes Instrument und als Gegenmodell zu dirigistischen Eingriffen – wie etwa dem Heizungsgesetz des Bundes – anzustreben. Um die auch mit der Lkw-Maut angestrebte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene voranzubringen, muss der Bund zudem dringend die Schieneninfrastruktur modernisieren.

## **RESOLUTION Winterklausur 2024**

Stand 10.01.2024

### **Den Wasserstoff-Erfolgskurs fortsetzen**

Bayern wird 2040 klimaneutral sein. Bis dahin müssen Öl, Gas und Kohle vollständig durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Schlüsseltechnologie dafür ist die Gewinnung, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff als Energieträger. Der technische Fortschritt in diesem Bereich sichert Wohlstand und Arbeitsplätze und schafft neue Wachstumschancen in unserem Land. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion steht für eine Verbindung von ökologischer Transformation und wirtschaftlichem Erfolg. Eine radikal klimaideologisch motivierte Wirtschaftspolitik lehnen wir ab. Ein solcher Kurs provoziert Strukturbrüche, führt in den wirtschaftlichen Niedergang und gefährdet letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

Die von der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion getragene Bayernkoalition hat erreicht, dass Bayern heute bundesweit das Wasserstoffland Nummer 1 ist. Dieser Erfolg ist allen voran Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger zu verdanken. Unter seiner Führung hat der Freistaat bereits im Jahr 2019 das Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B) als zentrale Strategie- und Koordinationsstelle ins Leben gerufen. Das ebenfalls 2019 gegründete Wasserstoffbündnis Bayern verzeichnet weiterhin enormen Zulauf und vernetzt inzwischen 350 Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Mit seiner Wasserstoffstrategie hat der Freistaat im Mai 2020 als erstes Bundesland und noch vor dem Bund eine eigene Wasserstoff-Agenda aufgesetzt.

Das seit 2020 laufende Förderprogramm zum Aufbau einer Wasserstofftankstelleninfrastruktur für Busse, Lkw und andere Nutzfahrzeuge ist ein großer Erfolg. Ergänzend ist eine Förderung auch für die Anschaffung von wasserstoffbetriebenen Nutzfahrzeugen erforderlich. Der Bund darf hier keinesfalls den Rotstift ansetzen, sondern muss

das bestehende Förderprogramm für Nutzfahrzeuge mit alternativen, klimaschonenden Antrieben mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten.

Mit der 150 Mio. Euro schweren Förderung zum Aufbau einer Elektrolyse-Infrastruktur in allen Landesteilen geht Bayern noch einen Schritt weiter, um regionale Wertschöpfungsketten auf Wasserstoffbasis zu etablieren. Die erste Bewerbungsrunde im Herbst 2023 war mehrfach überzeichnet. Im oberfränkischen Wunsiedel wurde bereits im Jahr 2022 eine der deutschlandweit leistungsstärksten Produktionsanlagen für grünen Wasserstoff in Betrieb genommen. Mit dem Wasserstoffzentrum Pfeffenhausen entwickelt sich ein einzigartiger technologischer Leuchtturm. Der im Jahr 2022 ins Leben gerufene Wasserstoff-Schulwettbewerb „H2@School“ weckt das Interesse junger Menschen an der Wasserstofftechnologie. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion steht für eine konsequente Fortsetzung des bayerischen Erfolgskurses.

Die vom Bund und vom Freistaat gemeinsam finanzierten IPCEI-Wasserstoff-Projekte (IPCEI = Important Project of Common European Interest) sichern Bayerns Technologieführerschaft im internationalen Wettbewerb. Dass sechs Großprojekte vom Bund als förderwürdig eingestuft wurden, ist ein großer Erfolg und Beleg für die Technologiekompetenz der bayerischen Wirtschaft. Allerdings mussten die Unternehmen nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts im November 2023 zittern, ob der Bund weiterhin zu seinen Förderzusagen steht. Solche Ungewissheit ist Gift für die Investitionstätigkeit. Unsere Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion appelliert deshalb an die Bundesregierung, die Ende Dezember 2023 nach wochenlanger Orientierungslosigkeit abgegebene Finanzierungszusage für die IPCEI-Wasserstoff-Projekte jetzt ohne Wenn und Aber einzuhalten. Das Ampel-Schuldendesaster darf nicht zu Schäden für den Wirtschafts- und Technologiestandort Bayern führen.

Wasserstoff muss vor Ort verfügbar sein. Bayern hat als einziges Bundesland ein Förderprogramm für Elektrolyse-Anlagen zur Wasserstofferzeugung aufgelegt und

schiebt damit die heimische Erzeugung kraftvoll an. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sieht darüber hinaus großes Potenzial in der Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff aus Biomasse. Indes wird der Freistaat seinen wachsenden Wasserstoffbedarf nicht vollständig aus heimischen Quellen decken können. Deshalb begrüßt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die frühzeitige Suche nach ausländischen Partnern zum Aufbau stabiler Wasserstoff-Lieferbeziehungen – auch und besonders mit unseren europäischen Partnern in Tschechien und Österreich. Um den Wasserstoff zu den Verbrauchern zu transportieren, sind gut ausgebaute Pipelinenetze erforderlich. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert einen schnellen und kosteneffizienten Aufbau des Wasserstoff-Kernetzes. Es ist zu begrüßen, dass der Bund konkrete Vorschläge vorgelegt hat. Nachbesserungsbedarf besteht jedoch bei wasserstofftauglichen Gaskraftwerken und Speichern. Auch müssen die Bedarfe der am Verteilnetz angeschlossenen Industrie und Gewerbebetriebe beim weiteren Netzaufbau umfassend berücksichtigt werden.

Wasserstoff ist ein Schlüssel für Klimaneutralität in allen Sektoren. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion tritt hier entschlossen für Technologieoffenheit ein. Im bayerischen Schienenverkehr sind die Pilotprojekte für Wasserstoffzüge fortzusetzen. Als Leuchtturmprojekt im Fernverkehr sprechen wir uns für den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen auf der Verbindung München – Prag aus. Um die Dekarbonisierung im Schwerlastverkehr voranzutreiben, muss der Bund endlich die Überlänge für Wasserstoff-Lkw zulassen. Eine einseitige Förderung von elektrischen Wärmepumpen im Gebäudesektor lehnt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion entschieden ab und befürwortet einen technologieoffenen Ansatz, der neben Wasserstoff auch Biomasse und Geothermie einbezieht.

## **RESOLUTION Winterklausur 2024**

Stand: 10.01.2024

### **Kehrtwende in der Migrationspolitik – weg von einzelnen Zugeständnissen hin zu einem strukturierten und vernünftigen Gesamtkonzept!**

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stehen wir zum Grundrecht auf Asyl und zu unserer humanitären Verantwortung gegenüber den zu uns kommenden Menschen. Jährlich kontinuierlich steigende Zugangszahlen stellen uns aber zunehmend vor große Herausforderungen. Durch die aktuelle, immense Zuzugssituation sind nicht nur Bund, Länder und insbesondere unsere Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Wir nehmen die Hilferufe der kommunalen Spitzenverbände um Abhilfe und Unterstützung ernst. Ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, die ebenfalls eine wesentliche Stütze für Geflüchtete bei der Orientierung und Integration spielen, leiden unter Überlastung und legen zum Teil auch ihre Tätigkeiten nieder. Mit Sorge beobachten wir zudem, dass insbesondere extremistische Kräfte Ängste der Menschen, die eine unkontrollierte Zuwanderung hervorruft, für ihre Zwecke ausnutzen. So treiben sie eine weitere Spaltung und Polarisierung unserer Gesellschaft voran und gefährden auf diese Weise unsere Demokratie.

Ein „Weiter-So“ darf es daher nicht geben. Die einseitige Fokussierung auf Fragen der Unterbringung, Abschiebung oder Zahlenobergrenzen verstellt den Blick für die grundlegende Problematik. Wir fordern jetzt eine komplette Kehrtwende: weg von einem Herumdoktern an einzelnen Symptomen, hin zu einem strukturierten und vernünftigen Gesamtkonzept in der Migrationspolitik, das unter anderem folgende Maßnahmen umfasst:

#### Zügige Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)

Nach jahrelangem Ringen ist es Ende des Jahres 2023 gelungen, auf EU-Ebene einen Kompromiss hinsichtlich der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

(GEAS) zu erzielen. Im Wesentlichen sieht die Reform schärfere Asylregeln, Asylverfahren an den Außengrenzen sowie einen obligatorischen Solidaritätsmechanismus zwischen den Mitgliedsländern vor, um insbesondere die europäischen Partner an den Außengrenzen zu entlasten. Den gefundenen Kompromiss gilt es nun zügig und konsequent umzusetzen, um die erwarteten Entlastungseffekte zu erzielen. Leider ist es bisher hier bei bloßen Lippenbekenntnissen geblieben.

### Zurückweisung an den Grenzen

Die Zahl der von der Bundespolizei festgestellten illegalen Grenzübertritte ist im Jahr 2023 gegenüber den Vorjahren signifikant gestiegen. Nach Informationen aus Kreisen der Bundespolizei gibt es Anweisungen, an der Grenze selbst Einreisende, die kein Asylgesuch stellen, nicht zurückzuweisen. Das ist unhaltbar. Anders stellt sich die Lage für illegal Einreisende dar, die an der Grenze ein Asylgesuch stellen. Diese werden unmittelbar an eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber überwiesen. Angesichts der zunehmenden Überlastung auch in den Aufnahmeeinrichtungen fordern wir die Bundesregierung auf, auch in diesen Fällen der Einreise über sichere Drittstaaten Zurückweisungen an den Binnengrenzen - soweit rechtlich möglich - zu vollziehen.

### Beschleunigung von Asyl- und Asylgerichtsverfahren

Asyl- und Asylgerichtsverfahren dauern aktuell im Vergleich zu anderen Ländern deutlich zu lange. So betrug die Gesamtverfahrensdauer der Erst- und Folgeanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Zeitraum Januar bis November 2023 6,8 Monate. Im Vergleich hierzu werden Asylgesuche von Ausländern aus Ländern mit sehr niedriger Anerkennungsquote in der Schweiz innerhalb von 48 Stunden im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens entschieden. Es wurde 2019 eingeführt und findet in 80 Prozent der Asylgesuche Anwendung.

Lange andauernde Verfahren belasten nicht nur die Sozialsysteme und stellen Länder und Kommunen vor große Herausforderungen hinsichtlich der Unterbringung, sondern



führen regelmäßig bei Menschen ohne Bleibeperspektive auch zu schwierigen humanitären Situationen bei Beendigung des Aufenthaltes und zu ins Leere laufenden Integrationsbemühungen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bundesgesetzgeber auf, schnellstmöglich die entsprechenden gesetzlichen Änderungen auf den Weg zu bringen, um Asyl- und Asylgerichtsverfahren deutlich zu beschleunigen und unsere Verwaltungsgerichte spürbar zu entlasten.

Auch in Bayern gibt es – je nach Verwaltungsgericht – deutliche Unterschiede in der Dauer der gerichtlichen Verfahren. Wir nehmen künftig die Gerichte mit der kürzesten Verfahrensdauer als Maßstab.

#### Gleichstellung aller Flüchtlinge

Mit dem Beschluss der Ampel-Koalition vom Mai 2022, wonach Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine nicht mehr Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sondern Leistungen nach dem Zweiten bzw. Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II bzw. SGB XII) zu gewähren sind, hat die Bundesregierung einen Rechtskreiswechsel vollzogen und damit nicht nur zu einer Ungleichbehandlung gegenüber Schutzbedürftigen aus anderen Ländern, sondern auch zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Gleichstellung mit Bürgern, die oftmals nach jahrelanger Arbeit langzeitarbeitslos werden, beigetragen. Diese Entscheidung der Ampel-Koalition halten wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion für falsch, da sie für großen Unmut unter den Geflüchteten und ehrenamtlich engagierten Helferinnen und Helfern sorgt. Sie setzt zudem erkennbar falsche Anreize und gefährdet so die Solidarität unserer Bevölkerung mit den tatsächlich Schutzbedürftigen. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, schnellstmöglich eine entsprechende Kurskorrektur vorzunehmen und für neu ankommende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zur alten Rechtslage wieder zurückzukehren.

### Legale Migration verhindert illegale Migration

Für unsere Wirtschaft ist es nach wie vor schwer möglich, dringend benötigte Arbeitskräfte im Ausland zu rekrutieren. Ein Großteil der Asylsuchenden kommt beispielsweise inzwischen aus der Türkei. Ganz überwiegend handelt es sich dabei nicht um Schutzsuchende, sondern um Arbeitssuchende, die aber keine Chance auf legale Arbeitsmigration sehen. Viele davon könnte unsere Wirtschaft dringend als Arbeitskräfte brauchen. Der Umweg über das Asylverfahren belastet unser Gemeinwesen enorm und verhindert die Integration in den Arbeitsmarkt.

Wir fordern den Bund auf, vor allem im Interesse der Pflege, unseres Handwerks, der Bauwirtschaft und Industrie, aber auch unserer Hochtechnologieunternehmen endlich die tatsächlichen Voraussetzungen für eine funktionierende Arbeitsmigration und zeitgemäße digitale Verfahren zu schaffen. Wartezeiten von über einem Jahr allein für einen hierzu erforderlichen Termin in deutschen Botschaften sind unzumutbar.

### Integration durch Arbeit

Schutzsuchende werden aufgrund verfehlter Entscheidungen der Ampelregierung vorrangig für Weiterbildung vorgesehen. Unsere Wirtschaft wäre aber in der Lage und bereit, viele davon auch mit deren derzeitigem Ausbildungsstand und den bestehenden Sprachkenntnissen zu integrieren. Nirgendwo lernt man schneller die Sprache als am Arbeitsplatz. Arbeit ist zudem der beste und effizienteste Weg zur Integration. Wer arbeitet, kommt nicht auf dumme Gedanken und entlastet die Sozialsysteme. Wir wollen daher einen Vorrang für Arbeit und schnellstmöglichen Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Schutzsuchenden.

## RESOLUTION Winterklausur 2024

Stand: 11.01.2024

### **Impuls und Aufbruch – für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr in Deutschland!**

Nach der von uns als falsch empfundenen faktischen Abschaffung der Wehrpflicht im Jahr 2011 erkennen wir die Notwendigkeit, im Sinne unserer Gesellschaft hierfür einen Ersatz zu schaffen. Wir fordern daher die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres für alle. Eine Grundgesetzänderung ist hierfür erforderlich.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir:

1. Das verpflichtende Gesellschaftsjahr ist zwischen dem 18. und 30. Lebensjahr abzuleisten. Es gilt geschlechtsunabhängig.
2. Die Pflicht gilt für Menschen mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel in Deutschland.
3. Das verpflichtende Gesellschaftsjahr beläuft sich auf die Dauer von zwölf Monaten. Es kann auf Antrag auch abschnittsweise abgeleistet werden, sofern dienstliche Erfordernisse dem nicht entgegenstehen.
4. Die jungen Menschen können frei wählen zwischen einem Dienst bei:
  - Bundeswehr
  - Blaulichtorganisationen
  - Gemeinnützige Organisationen, insbesondere soziale und gesundheitliche Einrichtungen, etwa für Altenpflege, Kinder und Jugend sowie Sport
5. Wir sind uns bewusst, dass die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres eine Verfassungsänderung erfordert und sind bereit, für einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu werben und politische Unterstützung dafür zu gewinnen.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir davon überzeugt, dass das Gesellschaftsjahr auch dazu beitragen wird, jungen Menschen wertvolle Fähigkeiten und Erfahrungen, somit Lebenschancen für die Zukunft zu bieten.